

**Brief von Attac Deutschland
an FunktionsträgerInnen in den Gewerkschaften
zur Verbindung gewerkschaftlicher Sozialproteste
mit den Protesten gegen die G8 im Juni 2007**

Münchener Straße 48
60329 Frankfurt Main
Fon: 069 / 900 281 10
info@attac.de
www.attac.de

Eine Perspektive für gesellschaftliche Allianzen gegen neoliberale Politik

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wie jüngst veröffentlichte Daten zeigen, stärken Rekordgewinne in Milliardenhöhe die Position deutscher Unternehmen für ihre globale Expansion. Sie verstärken damit ihren Einfluss weltweit und nutzen ihn für die Beschleunigung des neoliberalen Ab- und Umbaus. Die Bundesregierung drückt Steuern und Sozialabgaben stärker als dies in den europäischen Nachbarländern geschieht und heizt den Standortwettbewerb weiter an – auf dem Rücken fast aller Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen, Erwerbslosen und Armen. Die Schwäche der Gewerkschaften trägt dazu bei: Nirgendwo steigen die Löhne langsamer als in Deutschland.

Wir wollen Sand ins Getriebe dieser Entwicklungslogik streuen. Wir beteiligten uns an den DGB-Demonstrationen und deren Vorbereitung in diesem Herbst. Und wir gehen davon aus, dass es vieler weiterer Aktionen bedarf, um die Richtung zu ändern. Deshalb werben wir für eine Orientierung auf die Proteste gegen den G8-Gipfel, der im Juni 2007 in Deutschland stattfindet, damit der Faden nicht abreißt.

Angela Merkel will dafür sorgen, dass beim kommenden G8-Gipfel neben der Energiefrage (die als Energiesicherheit für die Industrieländer definiert wird) die Weltwirtschaft wieder stärker ins Zentrum gerückt wird. Es steht zu erwarten, dass es dabei vor allem um die Wettbewerbsvorteile der Wirtschaft gehen soll.



Die G8 steuern hart auf neoliberalem Kurs

Das Treffen der mächtigsten Staaten wurde in der Ära von Ronald Reagan und Margret Thatcher zur Speerspitze des neoliberalen Projektes entwickelt. Sie haben ein weltweites Leitbild durchgesetzt, bei dem die Pflege von Kapital und großen Vermögen im Zentrum steht:

- Löhne, Sozialabgaben, Steuern, Arbeitnehmerrechte oder Kosten für Umweltschutz werden gesenkt, damit Konzerne und „Shareholder“ attraktive Angebote vorfinden;
- Beschränkungen für den Handel mit Gütern und Dienstleistungen werden abgebaut, öffentliche Einrichtungen und Betriebe privatisiert, um Kapitalbesitzern neue Profitquellen für ihre überschüssigen Gewinne zu erschließen;
- „Währungsstabilität“ hat absoluten Vorrang, um große Vermögen vor Abwertung zu schützen.

Die G8 betreibt ein globales Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell, das undemokratisch ist, weil es die Interessen und Bedürfnisse der Mehrheit der Menschen missachtet und die Gesellschaft immer mehr in Arm und Reich, in Mächtig und Ohnmächtig spaltet.

Nichtregierungsorganisationen (NGOs), die globalisierungskritische Bewegung, kirchliche Kräfte, soziale Initiativen, die Friedensbewegung und Umweltverbände haben bereits begonnen, sich auf den Gipfel vorzubereiten und werden die öffentliche Aufmerksamkeit für eigene Positionierung nutzen.

Auch für Gewerkschaften gibt es Gründe und Anlässe, sich mit der G8 auseinanderzusetzen.

„Gegenwind für Kapitäne auf Havarie-Kurs“

ist das Motto, unter dem wir die G8-Proteste vorbereiten. Unsere Losung heißt „Genug für alle!“ Sie ist Feststellung – es gibt keinen Mangel, sondern Geld, Güter und Lebensmittel im Überfluss – und radikal demokratische Forderung nach Teilhabe am gesellschaftlichen Reichtum für alle, die hier leben. Daraus ergeben sich Vorschläge, wie wir diesem Ziel näher kommen könnten:

Gerechte Besteuerung von Kapitaleinkünften und großen Vermögen; Einführung von internationalen Steuern auf Finanztransaktionen (Tobinsteuer) oder Flugbenzin; Schließung der Steueroasen; Verbot von hochspekulativen Finanzanlagen (z.B. Hedge-Fonds); europaweit harmonisierte Kapitalbesteuerung; solidarische Einfachsteuer.

Arbeitszeitverkürzung, Ausbau von öffentlichen Beschäftigungssektoren, ökologischer Umbau von Industrie, Verkehr und Konsum. Dazu soziale Sicherheit und armutsfeste Einkommen für alle, ob mit oder ohne Erwerbsarbeit und eine solidarische Bürgerversicherung, mit umfassender Gesundheitsversorgung für alle.

Beschränkung der Macht transnationaler Konzerne durch Mitbestimmung; Rechtsverbindlichkeit von sozialen und ökologischen Standards; demokratische Kontrolle und gesellschaftlich sinnvolle Steuerung – als ein erster Schritt z.B. das Verbot von Entlassungen in profitablen Unternehmen.

Es geht nur anders

Die Kräfteverhältnisse in Deutschland und Europa schätzen wir derzeit so ein, dass keine unserer Alternativen – so einleuchtend sie auch sind – durchsetzbar ist, wenn es nicht gelingt breite gesellschaftliche Allianzen zu entwickeln, die über klassische Aktionsbündnisse hinaus reichen; wenn wir nicht gemeinsame Perspektiven entwickeln, die über den nationalen Tellerrand reichen, den universellen Anspruch auf soziale und ökologische Rechte ernst nehmen und zu gemeinsamer Handlungsfähigkeit finden.

Dieser Prozess braucht bewusste Gestaltung. Deshalb sollten wir uns alle in Gewerkschaften, Attac und anderen Zusammenhängen dafür einsetzen, dass sich die unterschiedlichen sozialen und politischen Strömungen des emanzipatorischen Lagers stärker aufeinander beziehen, gemeinsame Debatten und gemeinsame Praxis entwickeln.

Gelegenheiten nutzen

Es wird in den nächsten Monaten eine Reihe von Veranstaltungen und Aktionen geben, die dazu genutzt werden können. Und es gibt schon einige Vorschläge, wie die Zusammenarbeit ausgestaltet werden kann. Bitte schaut darum auf unsere Internetseite unter **www.attac.de/allianzen** !

Wir laden dazu ein, mit uns in Kontakt zu treten, Vorschläge zu machen und Veranstaltungshinweise zu geben – die o.g. Homepage kann Unterstützung sein für Vernetzung.

Viele Grüße, bis bald und alles Gute

Werner Rätz, Bonn
Attac-Koordinierungskreis
werner.raetz@t-online.de
0228 / 21 22 22

Peter Wahl, Berlin
Attac-Koordinierungskreis
peter.wahl@weed-online.org
0160-8234377

Sabine Leidig
Attac Bundesbüro (GF)
leidig@attac.de
069 / 900 281 88